



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

x: Politischer Monatsbericht.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Politischer Monatsbericht.

× Leipzig, den 30. Juli.

Wenn Regierungen und Völker Europas vor zwanzig und vor dreißig Jahren nach den Neuigkeiten aus Paris fragten, so geschah das, weil der Lauf der Dinge in der französischen Hauptstadt auf die innere Entwicklung der übrigen Staaten Einfluß übte und man von ihnen lernen zu können glaubte. Heute hat dieselbe Frage eine wesentlich andere Bedeutung. Man wirft sie auf, weil man wissen will, ob es mit der Verzweiflung der Franzosen an sich selbst, bereits so weit gekommen ist, daß sie nach einer auswärtigen Verwicklung greifen müssen, um ihren inneren Bankerott zu maskiren.

Sieben Wochen sind seit den Hauptwahlen zum gesetzgebenden Körper Frankreichs vergangen und noch immer gestehen die genauesten Kenner französischer Dinge achselzuckend ein, daß die Lage sich nicht übersehen lasse. Charles de Mazade hat das Geheimniß dieser Lage in ein kurzes aber treffendes Wort zusammengefaßt: „L'absence d'hommes capables de se mesurer avec les circonstances.“ Weder der Kaiser noch die Nation vermag Männer ausfindig zu machen, die genau wissen, wie dem franken Staat zu helfen ist und deren Namen irgend geeignet wären das Vertrauen des Landes zu wecken. Die Hauptwahlen fielen im Sinne der extremen Parteien aus, die entweder blindes Vertrauen zu der kaiserlichen Regierung oder unversöhnliches Mißtrauen gegen dieselbe auf ihre Fahnen geschrieben hatten; die Nachwahlen zeigten, daß die Franzosen vor den Konsequenzen ihres eignen Willens zurückschreckten, sobald dieselben klar zu Tage lagen und sprachen sich demgemäß im Sinne des gemäßigten Liberalismus und eines monarchischen Konstitutionalismus aus; die bisherige Opposition, die man noch eben desavouirt hatte, erhielt eine Art von Vertrauensvotum. Dann folgten jene halb revolutionären, halb kindischen Auftritte in den Straßen von Paris, welche einige Tage lang ganz Europa beschäftigten und dann vergessen wurden, noch bevor man nur über ihren Ursprung und ihre Bedeutung ins Klare gekommen war. Alle Welt erwartete eine Meinungsäußerung darüber, wie der Kaiser die Lage auffaßte, aber der Kaiser schwieg hartnäckig und wenn er sprach, schien er den Leuten sagen zu wollen: Ich

weiß selbst nicht, was ich denken soll. Das Schreiben an den Baron Mackau, eines der jüngsten und unbedeutendsten Mitglieder der bisherigen Majorität, ließ ein striktes Beharren bei dem bisherigen System und dessen Männern erwarten; der Brief an den Präsidenten Schneider betonte dagegen das Gewicht, welches der Kaiser auf die Meinung des gesetzgebenden Körpers legte. Dann erfolgte der Zusammentritt dieses Körpers und eine wilde Fluth von Drohungen und Unzufriedenheitsäußerungen ergoß sich über die Regierung, welche trotz der verwerflichen und unredlichen Mittel, die sie beim Wahlkampf angewandt hatte, moralisch unterlegen war. Das Gefühl, daß es in der bisherigen Weise nicht fortgehen könne und daß eine Entscheidung, eine verhängnißvolle Krisis des inneren Staatslebens bevorstehe, bemächtigt sich aller Theile der zu den Wahlprüfungen einberufenen Volksvertretung. Bis in die Reihen der Majorität greift die Furcht um sich, hinter den Verhältnissen zurückzubleiben, von deren Entwicklung sich doch Niemand eine deutliche Vorstellung machen kann und denen Niemand gewachsen ist. Die Tiers-Partei bringt eine Interpellation ein, welche Verantwortlichkeit der Minister verlangt; nach einem Augenblick verlegenen Schweigens drängt man sich von allen Seiten zur Unterzeichnung derselben, selbst die Majorität wird mit fortgerissen und identificirt sich mit einem Verlangen, welches über dieselbe Politik, zu der sie sich bisher bekannt hatte, rücksichtslos und unbarmherzig den Stab bricht. Herr von Mackau, der Musterdeputirte von Vorgeftern, der Mann, den der Kaiser zum Zeugen für die Nothwendigkeit seiner Annachgiebigkeit aufgerufen hatte, unterschreibt, der Herzog von Mouchy unterschreibt auch und ihnen folgt eine ganze Anzahl von Leuten, die eingestandener Maassen die Wetterfahne zum Regulator ihrer Handlungen und Meinungen gemacht hat. Die Regierung, deren Weisheit bisher darin bestanden hatte, leise Winke zu ignoriren und es zum Aeußersten kommen zu lassen, ehe sie von ihrer vorgefaßten Meinung abgeht, — die Regierung wartet nicht einmal ab, daß diese Interpellation der Kammer übergeben und nach förmlicher Constituirung derselben in den Büreaus geprüft wird; sie antwortet, noch bevor sie eigentlich gefragt worden ist, und antwortet mit einer ganzen Reihe von Zugeständnissen, die sowohl den Einfluß des gesetzgebenden Körpers auf die Staatsverwaltung erhöhen, als dem Selbstgefühl des Hauses genug thun sollen. Während ganz Paris unter dem Eindruck dieser kaiserlichen Botschaft steht, die verschiedensten Ansichten über dieselbe abgegeben werden, die öffentliche Meinung sich noch nicht geklärt hat, heißt es bereits, daß das alte Cabinet in voller Auflösung begriffen sei und daß der Kaiser sich nach neuen Rathgebern umsehe. Den Grund dieser Eile weiß Niemand anzugeben, denn noch sind die Wahlprüfungen nicht beendet, noch ist die neue Kammer nicht

constituirt, noch sind die kaiserlichen Zugeständnisse nicht an den Senat gegangen, der diese Verfassungsänderungen begutachten und registriren soll. Noch mühen Journale und parlamentarische Clubbs sich mit der Ausstellung mehr oder minder unwahrscheinlicher Ministerlisten ab und schon steht eine neue Ueberraschung vor der Thür: das officiële Journal kündigt die Vertagung der Kammer so brüsk und so unerwartet an, daß nicht nur die Opposition zu leidenschaftlichen Aeußerungen des Aergers und der Unzufriedenheit gedrängt wird, sondern selbst hoch kaiserliche Arkadier aus ihrer Verstimmung kein Hehl machen. Die fünfundfünfzig ungeprüft gebliebenen Mandate gehören meist den Gliedern dieser Partei an und der Kaiser muß dieselben in sein Haus laden, um sie durch persönlichen Zuspruch zu begütigen. Statt der Pause, die nach dieser athemlosen Haft gouvernementaler Entschliebungen von allen Seiten erwartet wird, erfolgt endlich die Bildung des neuen Cabinets! Und dabei sind die zahlreichen Zwischenfälle und Episoden, welche auf kaiserliche Berathungen mit Staatsmännern der einen und der anderen Richtung kommen, nicht einmal mitgezählt.

Die widerspruchsvollen Maaßregeln der Regierung sind einander so rasch gefolgt, daß Urtheile über ihr Facit bis jetzt noch nicht gefällt worden sind, ja eigentlich auch nicht gefällt werden konnten. Der alte Thiers hatte ganz Recht, wenn er behauptete, die Situation in den Tuileries habe sich alle zwei Stunden verändert und eine Nachricht über die Lage, wie sie morgens um zehn Uhr gewesen, sei um zwölf Uhr veraltet, um zwei Uhr Nachmittags bereits vergessen. Gegenwärtig steht die Zusammensetzung des neuen Cabinets im Mittelpunkt der allgemeinen Aufmerksamkeit und in der That ist sie geeigneter als alles Uebrige, um die Stellung der Regierung zu charakterisiren.

Die kaiserliche Botschaft verleiht der Volksvertretung eine Reihe neuer Rechte, deren relativer Werth von allen Seiten und namentlich von der englischen Presse anerkannt worden ist. In Frankreich hat man das Hauptgewicht auf die Bestimmung gelegt, welche die Vereinbarkeit des Ministerpostens mit der parlamentarischen Thätigkeit ausspricht und von der man auf die Wahrscheinlichkeit oder doch Möglichkeit eines constitutionellen Majoritätenregiments schloß. Wir lassen ununtersucht, ob und in wie weit ein solches für Frankreich heilsam wäre — daß der Kaiser daran noch nicht gedacht hat, ist zweifellos. Die Spannung, mit der die Franzosen der Bildung des neuen Cabinets entgegensehen, beweist sogar, daß sie selbst sehr genau wußten, die Ministerliste werde nicht aus der Majorität, sondern aus der kaiserlichen Willkür hervorgehen. Steht die Sache doch überhaupt so, daß die Bedeutung der gegenwärtigen Krisis, nicht sowohl darin besteht, ob und in wie weit das neue System einen constitutionellen Charakter erhält, sondern darin, daß mit dem alten

System des rein persönlichen Regiments gebrochen worden ist und daß der Kaiser die Nothwendigkeit einer Annäherung an die Wünsche der liberalen Majorität anerkannt hat. Darauf was im Einzelnen geschieht, kommt es zunächst noch nicht an, die Hauptsache ist, daß das zweite Kaiserthum überhaupt den Cours gewechselt und neuen Händen das Staatsruder anvertraut hat.

Die Wahl die der Kaiser getroffen, hat das Vertrauen zu der neuen Wendung der französischen Dinge nicht gehoben. Die Ministerliste besteht aus einer Anzahl bisheriger Bureauchefs und den Namen wenig populärer Glieder der zur Tiers-Partei neigenden conservativen Schattirung. Befremdend ist zunächst die Ostentation, mit welcher der Kaiser ein völlig neues Cabinet geschaffen: warum Lavalette dem Fürsten de la Tour d'Auvergne Platz machen, statt Duruy's, ein untergeordneter Gefinnungsgenosse dieses Unterrichtsministers eintreten mußte, ist um so weniger abzusehen, als Niel im Amte blieb und von andern Gliedern des neuen Cabinets bekannt ist, daß Rouher sie empfohlen hat. Es liegt der Verdacht nah, daß die fast vollständige Neubildung des Ministeriums ein auf die französische Nationalität berechnetes Effectstück war, und daß das alte Cabinet nach dem Austritt Rouher's im Grunde dieselbe Bedeutung gehabt hätte, wie diese neue Rathgeber-schaft des Kaisers. Weder Herr Leroux, noch der Unterrichtsminister Bourbeau, weder Chasseloup-Laubat noch der hochbetagte Düvergier lassen irgend errathen, auf welches neue Ziel der Kaiser lossteuert und in wie weit er an neue Mittel zur Befestigung seiner Regierung denkt. Nach wie vor herrscht in dieser Beziehung Ungewißheit — das Einzige, was man positiv weiß, ist, daß die beliebten Verfassungsänderungen ernst genug gemeint sind, um nicht in Rouher's Hände gelegt zu werden und daß der Kaiser den Ausfall der letzten Wahlen für das Symptom einer veränderten Volksstimmung ansieht.

In Paris tröstet man sich damit, daß das neue Ministerium nur ein Uebergangscabinet sei, dem ein liberaleres folgen werde. Als ob es mit dem Mehr oder Minder von Liberalismus gethan wäre und als ob irgend ein Grund zu der Annahme vorläge, daß der Kaiser weiter zu gehen Willens sei, als er bereits gegangen! Wo ist der Mann, wo ist die Partei, von der erwartet werden könnte, sie vermöge Frankreich aus der Rathlosigkeit zu reißen, in welche dieses Land gerathen ist, nachdem es fast die ganze Speisekarte möglicher Staatsformen durchgekostet hat? Selbst am Vorabende ihres Bankrotts kann die kaiserliche Regierung getrost fragen, wer unter den lebenden Politikern Frankreichs mit dem Volk, das nach der Revolution von 1848 sich selbst aufgegeben hatte, weiter gekommen wäre als sie, und so heilloß der gegenwärtige Zustand auch ist — sie braucht die Antwort nicht zu scheuen. Nicht darin besteht die Schwierigkeit, daß die Regierung nicht zu den Maaßregeln gebracht werden kann, von denen das Land seine politische Gesundung

erwartet, sondern darin, daß es kein Programm gibt, welches das öffentliche Vertrauen hat, keinen Mann, dem man die Fähigkeit zur Durchführung eines solchen zutraut. Vielleicht noch niemals ist eine liberale Oppositionspartei von der Masse des französischen Volks so kühl und ablehnend behandelt worden, wie die gegenwärtige Linke und der sinkende Credit des alten Regimes hat mit den Fortschritten der Opposition nur sehr wenig zu thun gehabt. Die Ereignisse der letzten Tage haben nicht wenig dazu beigetragen die ganze Rahmtheit, Zerfahrenheit und Ueberzeugungslosigkeit dieser Partei bloßzulegen, welche eigentlich nur von den Mißgriffen der Rouher und Hausmann, nicht von ihrem eigenen Programm gelebt hat. Picard hat sich von der Majorität seiner Genossen getrennt, die beabsichtigte Parteifundgebung hat unterbleiben müssen und der innere Bruch zwischen der Linken und der äußersten Linken ist nur mühsam verkleistert worden. Daß das nicht dazu beitragen kann, die dem Kaiser imputirten parlamentarischen Absichten zu stärken, werden selbst die Optimisten einräumen müssen, welche bereits von heilsamen Einflüssen der neusten französischen Crisis auf die übrigen europäischen Staaten und namentlich auf Deutschland träumten.

Ziemlich gleichzeitig mit der kaiserlichen Botschaft an den gesetzgebenden Körper wurde der Rechenschaftsbericht der belgisch-französischen Eisenbahncommission veröffentlicht. Außer der Erlaubniß zur Errichtung von Transitzügen (Basel-Antwerpen und Basel-Rotterdam-Amsterdam) hat die französische Ostbahncompagnie keine wesentlichen Errungenschaften zu registriren gehabt, und diese Angelegenheit, die wochenlang von sich reden machte, ist vor der Hand von der Tagesordnung abgesetzt. Dafür, daß sie zu gelegener Zeit wieder hervorgeholt werden kann, haben die gleichzeitig veröffentlichten Entwürfe für künftig abzuschließende Verträge mit der belgischen Staatsbahn und der Compagnie Lüttich-Limburg gesorgt und trotz ihrer Beschäftigung mit den brennenden Tagesfragen der Heimath hat die Pariser Presse Zeit gehabt, die Holländer bei Veröffentlichung dieser Actenstücke vor den Plänen preussisch-deutschen Ehrgeizes zu warnen und zum Anschluß an die Politik der großen Nation einzuladen. — Ein bleibendes Interesse ist der geschlossenen Phase der belgisch-französischen Eisenbahnverhandlungen übrigens schon gegenwärtig gesichert. In Berlin und London wird man der freundlichen Theilnahme eingedenk bleiben, die Graf Beust den Brüsseler Staatsmännern bewiesen hat, als Frère-Orban's Verhalten im belgischen Parlament den wilden Sturm französischer Drohungen hinausbeschwor. Dieses kleine Capitel aus der Geschichte der k. k. auswärtigen Politik ist lehrreicher, als es die Lektüre ganzer Bände von Wiener Nothbüchern sein kann, es gibt den besten Commentar zu jenen Versicherungen unerschütterlicher Friedensliebe ab, welche auch in diesem Monat ihre Kunde durch die Zeitungen mach-

ten. Die stillen Wünsche des Reichskanzlers für das Zustandekommen des Südbundes, die in der neuesten Sammlung diplomatischer Actenstücke ausdrücklich zugestanden werden und die k. k. Beurtheilung der belgisch-französischen Wechselbeziehungen haben zum Ueberfluß bestätigt, was unbefangene Zuschauer der neuesten österreichischen Aera längst wußten: daß des Grafen Beust sogenannte liberale innere Politik nur Mittel zum Zweck ist und daß Oestreich die erste sich ihm darbietende Gelegenheit benutzen wird, um genau da anzuknüpfen, wo es im Jahre 1866 stehen blieb. Nirgend scheint man das genauer zu wissen wie in Ungarn, wo man den Friedenswünschen der Wiener Regierung auch neuerdings wieder die richtige Auslegung gegeben hat. „Noch haben wir den Frieden nöthig.“

Seit dem Schluß des ungarischen Landtags und jener leidenschaftlichen Debatten über den Entwurf zur Umgestaltung der Rechtspflege, welche die Stellung des Justizministers Horvath zu erschüttern Miene machten, stehen die Vorgänge in den slavischen Ländern des Kaiserstaats wieder im Mittelpunkt der Interessen. Die vielbesprochene Angelegenheit des Bischofs von Linz hat durch eine mit der Beurtheilung beinahe gleichzeitige Begnadigung dieses Prälaten unerwartet raschen Abschluß gefunden und von den Verhandlungen der Delegationen weiß man wenig mehr, als daß das um 6—7 Mill. Gulden erhöhte Kriegsbudget den wichtigsten Punkt derselben bilden wird. Wenn es wahr ist, daß die Ausschüsse der beiden parlamentarischen Körper die Erhöhung der Offiziersgehälter und die Verpflegungssummen ihrem ganzen Umfange nach zu bewilligen entschlossen sind, so ist der übrig bleibende Spielraum für Streichungen ein verschwindend geringer und das auf vier Millionen berechnete Deficit für 1870 unvermeidlich. — Mindestens in einem großen Theil der Monarchie wird Fragen dieser Art aber ebenso gleichgiltig zugeesehen, wie allen übrigen Dingen, welche das Interesse des Gesamtstaats berühren; namentlich in den von Slaven bewohnten Grenzländern werden die nationalen Händel und Eifersüchteleien allen übrigen Rücksichten vorgezogen. In Böhmen versucht man es, die utraquistischen Traditionen des Czechentums durch eine Gedächtnißfeier zu Ehren Johann Hus's aufzuwärmen, ein Bestreben, dem der russische Panславismus mit besonderer Befriedigung zusieht, weil ihm die „Entkatholisirung“ des czechischen Königreichs eine der wesentlichsten Bedingungen zur Herstellung eines wahrhaft slavischen Programms bedeutet. In Galizien hat die Bestattung der Gebeine Kasimirs des Großen eine ungewöhnliche Erregung der polnischen Gemüther hervorgerufen, natürlich aber zu gleicher Zeit den Polenhaß der Ruthenen unter die Waffen gerufen. Vergebens müht die von dem Schwärmer Smolka geführte polnische Demokratie sich ab, eine Verständigung mit den russischen Stimmführern zu bewirken — in der slavischen Welt sind nationale und

religiöse Instincte, nicht Principien durchschlagend und die Vergeblichkeit der Smolkaschen Rundreise durch die ostgalizischen Städte kann schon gegenwärtig für unterschrieben gelten. — An der Südgrenze der ungarisch-österreichischen Monarchie, in Serbien, hat die Volksvertretung eine neue Verfassung votirt, die sogleich eingeführt worden ist. Die Verhandlungen sind dieses Mal stiller und discreter geführt worden, als früher, wo die Skupstschina es in der Regel für ihre Hauptaufgabe hielt, möglichst viel nationalen Staub aufzuwirbeln, die Aufmerksamkeit der in den beiden Nachbarstaaten lebenden Serben zu erregen und der Welt zu beweisen, daß der großserbische Gedanke nicht aufgegeben, sondern nur vertagt sei. Die gegenwärtige Regierung scheint ein anderes Programm befolgen und sich auf ihre häuslichen Angelegenheiten beschränken zu wollen; seit sie die Führung der Geschäfte übernommen, sind die Besorgnisse verstummt, welche noch vor anderthalb Jahren weit verbreitet waren und in Constantinopel besonders ernst genommen wurden.

Auch in Rumänien ist seit dem mißglückten Attentat auf den Minister Cogolnitscheano die Ruhe nicht wieder gestört worden. Seit der Pariser Conferenz hat die Pforte sich auf ihrem eigenen Gebiet wie in den europäischen Vasallenstaaten überhaupt einer Ruhe zu erfreuen gehabt, wie sie ihr lange nicht zu Theil geworden war. Auch der griechisch-bulgarische Kirchenstreit hat nach den neuesten russischen Nachrichten eine Wendung genommen, wie sie der Regierung des Sultans nur erwünscht sein kann. Bekanntlich nähren die Bulgaren schon lange den Wunsch der Unterordnung unter die griechische Kirche und Geistlichkeit, welcher sie sich seit Jahrhunderten fügen mußten, ledig zu werden; sie verlangen, daß der Gottesdienst ausschließlich in ihrer Sprache gehalten werde, daß sie ihre Geistlichen selbst wählen dürfen, daß in den von ihnen bewohnten Bezirken die Bischöfe von einer bulgarischen Synode und zwar aus der specifisch bulgarischen Geistlichkeit ernannt und bloß durch den Sultan (nicht den Patriarchen) bestätigt werden sollen u. s. w. — kurz, vollständige Emancipation und Gleichstellung mit den Griechen. Diese Vorschläge wurden von dem Patriarchen Gregorius von Constantinopel verworfen, obgleich die türkische Regierung dieselben moralisch unterstützt und ihre Annahme empfohlen hatte. Natürlich wurden bulgarischer Seits die Gegenvorschläge des Patriarchen gleichfalls verworfen und die Spannung der Gemüther erreichte einen so hohen Grad, daß in den bulgarischen Kirchen bereits für den Sultan, als den Befreier des Bulgarenvolkes von dem griechischen Joch gebetet wurde. In dieser Verlegenheit und aus Mergel über die Parteinahme der Pforte für die bulgarische Sache, wandte der Patriarch sich auf den Rath des russischen Gesandten Ignatjew an, die höchste russische Kirchenbehörde, den Synod zu Petersburg, um derselben die Ein-

berufung eines griechisch-rechtgläubigen Concils vorzuschlagen und diesem die Erledigung des griechisch-bulgarischen Kirchenstreits anheim zu stellen. Der Synod (dessen Abhängigkeit von der Regierung, beziehungsweise seinem vom Kaiser ernannten Oberprocureur [gegenwärtig der Unterrichtsminister Graf Tolstoj] notorisch ist) schwankte längere Zeit mit seiner Antwort; fiel dieselbe im Sinne des Patriarchen aus, so konnten der Pforte ernsthaftere Verlegenheiten bereitet werden, denn die panslawistischen Wortführer waren längst darüber einig, daß das Concil nur in Rußland und zwar in Kiew, der Wiege der russischen Kirche, abgehalten werden dürfe und daß diese Gelegenheit im Sinne und Interesse des orientalischen Christenthums ausgebeutet werden müsse.

Aber dieser Kelch ist an Abdul-Uziz und dessen Ministern glücklich übergegangen. In seiner neuerdings erfolgten Antwort spricht der russische Synod sich wider Erwarten gegen die Wünsche Ignatjew's und des Patriarchen aus; das Concil — so heißt es in der Antwort — sei zur Zeit nicht rathsam, da dasselbe für den Fall bulgarischer Unnachgiebigkeit zu einer Kirchenspaltung führen könne, der Patriarch möge darum nicht müde werden, mit den Bulgaren in versöhnlicher Weise zu unterhandeln u. s. w. Da auch die Bulgaren sich mit dem Gedanken einer Entscheidung durch das zu berufende allgemeine Concil einverstanden erklärt hatten und die Zustimmung der griechisch-orthodoxen Synoden von Athen, Belgrad, Bukarest und Karlowitz ohne große Mühe zu beschaffen gewesen wären, so lag die Sache ausschließlich in der Hand Rußlands und der Sultan hat allen Grund, mit der vorläufigen Ablehnung der Petersburger Oberkirchenbehörde zufrieden zu sein. — Die Streitigkeiten der Pforte mit dem Vicekönig von Aegypten sind dagegen noch nicht ausgeglichen. Der Sultan sieht in den von Aegypten projectirten Handelsverträgen ebenso eine Verletzung des Einsetzungs-Fernans, wie in jenen Einladungen zur Eröffnung des Suezkanals, welche das „Journal de Turquie“ als ungiltig und unberechtigt bezeichnet hat. Der Entschluß der Pforte, die Aufhebung der Capitulationen auf dem einen oder dem anderen Wege durchzusetzen, scheint trotz der bekannten Abneigung Rußlands gegen den bloßen Gedanken an eine solche Concession, ernstlich gefaßt zu sein; die türkische Denkschrift, welche die Unhaltbarkeit des gegenwärtigen Zustandes ausführlich erörtert, ist den Großmächten bereits übergeben und hat alle Aussicht, wenigstens von Oestreich und England berücksichtigt zu werden. Von analogen neueren Schritten des Vicekönigs, der die Abschaffung der Consulargerichtsbarkeit gleichfalls seit längerer Zeit betreibt und besonderes Interesse daran hat, der Pforte den Vorsprung abzugewinnen, — ist in letzter Zeit Nichts bekannt geworden. Bei der Abhängigkeit des Khedive von dem Wohl- oder Uebelwollen der Westmächte, ist übrigens wenig wahrscheinlich, daß die Differenzen

zwischen diesem und der Regierung von Constantinopel größere Proportionen gewinnen und die Sicherheit der Pforte stören.

Während die Lage der orientalischen Dinge in früherer Zeit regelmäßig den Gegenstand von ausführlichen Debatten im englischen Parlament bildete, ist sie dieses Mal unerörtert geblieben. Dafür hat der britische Premier sich ausführlicher als bisher über Englands Stellung zur Ausbreitung der russischen Macht in Mittelasien ausgesprochen und durch seine Aeußerung, daß an einen Conflict zwischen den beiden großen Staaten zunächst und wahrscheinlich noch für viele Jahre nicht zu denken sei, einen Theil der Besorgnisse widerlegt, welche bisher an dieselbe geknüpft wurden. In Rußland, wo man den Beziehungen Lord Mayos zu Afghanistan mit Mißtrauen zugesehen und von dem neuen Generalgouverneur Ostindiens eine entschieden anti-russische Politik erwartet hatte, haben die von Gladstone gesprochenen Worte um so angenehmer berührt, als sie ziemlich unerwartet kamen; freilich hat eines der Organe der Moskauer Presse die hämische Bemerkung nicht unterdrücken können, daß Englands friedliche Sprache gegen Rußland wahrscheinlich mit der Alabama-Angelegenheit in engem Zusammenhange stehe. Zur Zeit will man übrigens von auswärtigen Verwickelungen in Rußland noch weniger hören, als in England. Die nationale Partei fürchtet durch einen Krieg ihren Einfluß beschränkt und die Regierung von den „nationalen“ Zielen abgelenkt zu sehen, auf deren Erreichung mit aller Macht hingearbeitet wird. Dieses Ziel ist nach wie vor die Ausrottung aller westeuropäischen Einflüsse in den Grenzprovinzen, den polnischen wie den deutschen, und nimmt alle disponiblen politischen Kräfte reichlich in Anspruch. Der Kampf gegen die katholische Kirche in Polen und Litthauen wird immer schwieriger und gefährlicher, denn nachgerade haben alle Würdenträger dieser Kirche dem Petersburger katholischen Consistorium den Dienst aufgesagt; dieses Consistorium hat seinerseits wiederum gegen die von Moskau her andrängende nationale Partei einen schwierigen Stand, denn diese kann ihm nicht vergessen, daß es der projectirten Einführung der russischen Sprache in die katholischen Gottesdienste Litthauens Schwierigkeiten in den Weg gelegt und dieselbe widerathen hat. So lange diese Maaßregel aber nicht durchgeführt ist, fehlt der Russification der Schule in Litthauen jeder feste Boden und wollen die neuen Schulordnungen Nichts sagen; das eigentliche Volk sieht die Schule nur als ein Filial der Kirche an und die von dieser gesprochene Sprache ist ihm die maaßgebende. Selbst die Verwandlung der Warschauer Hochschule in eine russische Universität bietet nach russischer Anschauung keine Garantie gegen den Polonismus. Man hat einem Theil der Professoren gestatten müssen, vorläufig, d. h. bis zur Erlernung der russischen Sprache, — polnisch zu lesen, und bei dem Mangel russischer Lehrkräfte liegt der Gedanke nah, daß diese

provisorische Concession mit der Zeit den Charakter eines Definitivums annehmen werde. Die Russen wissen die polnische Widerstandskraft und das polnische Geschick, mit mißliebigen Gesetzen Versteckens zu spielen, ebenso genau abzuschätzen, wie die Lahmheit der eigenen Initiative und die Armuth an brauchbaren Streitkräften. Steht die Sache doch noch gegenwärtig so, daß (die Universität Dorpat ausgenommen) nahezu die Hälfte aller academischen Lehrstühle unbesezt ist und die sämtlichen russischen Hochschulen zusammen nur einen einzigen Professor des römischen Rechts haben! Wo soll da der Ueberfluß von Kräften herkommen, den man zur Russification der ausgedehnten Grenzländer nöthig hat? — In den Ostseeprovinzen hat neuerdings eine Demonstration stattgefunden, die in den russischen Hauptstädten um so peinlicher berührt hat, als ihr absolut nicht beizukommen war. Zur Feier der vor fünfzig Jahren erfolgten Aufhebung der Leibeigenschaft in Livland ist in Dorpat ein estnisches Sängeresfest gefeiert worden, zu dem nicht die Deutschen, sondern die Esten die Initiative ergriffen und das den Charakter eines Verbrüderungsfestes der beiden Nationalitäten angenommen hat, die man in Moskau für Todfeinde auszugeben gewohnt ist, obgleich sie durch das gleiche religiöse Bekenntniß die gleiche Bildungssubstanz und eine siebenhundertjährige gemeinsame Geschichte eng genug mit einander verbunden sind. Der Krieg, den die russische Demokratie gegen das baltisch-deutsche Element führt, ist ja im Namen der „unterdrückten Letten und Esten“ unternommen worden, und wenn diese sich auf die Seite ihrer angeblichen Unterdrücker stellen, ist der Feldzugsplan, den die Politiker an der Nema und Moskwa ausgearbeitet haben, so gut wie unmöglich geworden, denn ein Kampf gegen Deutsche, Letten und Esten hat wenig Aussicht auf Erfolg. Für das Ungeschick, mit welchem dieser Kampf geführt wird, ist eine im Laufe der letzten Wochen erfundene neue Censurmaaßregel besonders charakteristisch: sämtliche in Dorpat, Pernau, Reval und Mitau erscheinende lettische und estnische Zeitschriften werden in Riga der Präventivcensur unterzogen, und zwar der Censur durch Convertiten der griechischen Kirche, welche als Seminarlehrer direct unter dem Einfluß des Rigaer griechischen Erzbischofs stehen. Die beträchtlichen Entfernungen, welche Riga von den übrigen Druckorten entfernen, machen natürlich jeden Aufschwung der lettischen und estnischen Journale unmöglich und der blinde Eifer der „rechtgläubigen“ Censoren gegen jedes Preßzeugniß in protestantischem Sinn belehrt das das Landvolk darüber, wo es die wahren Feinde seiner Bildung zu suchen hat. — Einen herben Verlust haben die baltischen Provinzen neuerdings durch den Tod des im Jahre 1864 seiner nationalen Gesinnung wegen abgesetzten livländischen Generalsuperintendenten Dr. Walter erlitten, eines freisinnigen und patriotischen Theologen, der sich namentlich um die Sache der

Volkabildung große Verdienste erworben hat und in den vordersten Reihen stand, als es den Kampf gegen die Propaganda der griechischen Kirche galt.

Indessen auf dem politischen Gebiet der Vernichtungskrieg gegen die westeuropäischen Elemente in den Grenzprovinzen nach wie vor auf der russischen Tagesordnung steht, ist die Aufmerksamkeit weiterer Kreise hauptsächlich auf die Ausbreitung des russischen Eisenbahnnetzes gerichtet. Wöchentlich werden neue Concessionen erteilt und das Vertrauen des Publikums in die neu zu bauenden Bahnen ist so groß, daß die Actien schon im Voraus gezeichnet sind und zu den höchsten Preisen verkauft werden, ehe irgend welche Erhebungen über die Rentabilität dieser Schienenwege gemacht worden sind. Binnen der letzten fünf Jahre sind in Rußland mehr Eisenbahnstrecken gebaut worden, als sonst in dreißig Jahren und noch immer tauchen neue Unternehmer und neue Concessionägesuche auf. Ausländer und Inländer, Provinzialvertretungen und freie Genossenschaften suchen einander nach Kräften Concurrenz zu machen. Die wichtigste der neuconcessionirten Bahnen ist die Linie Kowno-Libau, welche die Bestimmung hat, den polnischen und westrussischen Export, der seinen Weg bisher nach Königsberg und Memel nahm, in den genannten Kurländischen Hafen zu dirigiren. — Natürlich hat der Schwindel mit der soliden Unternehmungslust Schritt gehalten und schon seit längerer Zeit hört man über die Leichtfertigkeit der Börsenspeculation und namentlich des Actienhandels in Petersburg klagen. Um den Unwesen der Privatbörsen und künstlich gemachten Course abzu- helfen, hat die Regierung die Zahl der Tage, an denen officielle Coursnotirungen an der Petersburger Börse vorgenommen werden, von drei auf fünf in der Woche erhöht. — Ueber den Kirgisenaufstand an der Grenze Turkestan's (den grundlose Gerüchte maachlos übertrieben hatten), liegen neuere Nachrichten nicht vor.

Während der Julimonat den meisten europäischen Staaten politische und parlamentarische Ferien gebracht hat, sind die beiden Häuser der Volksvertretung Englands vollauf mit der Discussion und endlichen Eileidigung der irischen Kirchenbill beschäftigt gewesen. Jede der Wendungen, welche diese wichtige Angelegenheit genommen, ist überraschend gewesen und hat die Vorhersagungen der Tagespresse Lügen gestraft. Als die Gladstone'sche Bill die zweite Lesung im Hause der Gemeinen passirt war, galt sie für bereits gesichert, denn daß das Oberhaus eine große, von der Majorität der Nation gewollte Maafregel zurückgewiesen hätte, war seit einem Menschenalter nicht mehr vorgekommen, nach Annahme der d'Israelischen Haushalterbill höchst unwahrscheinlich geworden. Nach der ersten Lesung bei den Lords wandte das Blatt sich aber, und ziemlich allgemein wurden eine Niederlage des Cabinets, ein Conflict der beiden Häuser u. s. w. vorhergesagt. Die Nacht vom 18.

und 19. Juni entschied wider alles Erwarten die principielle Annahme des neuen Gesetzes und jetzt wurde der Triumph Gladstones als bereits entschieden verkündet. Als aber die Lords bei der Specialdiscussion eine ganze Reihe wichtiger Amendements einbrachten und namentlich den Satz gestrichen sehen wollten, welcher die Ueberschüsse der der bisherigen Staatskirche zuständigen Einnahmen ausschließlich zu nicht kirchlichen Zwecken bestimmte, gewann der Pessimismus nochmals die Oberhand und wurden auf's Neue Scheitern der Bill, Conflict der beiden Häuser, Einberufung einer Herbstsession u. s. w. an die Wand gemalt. In der ersten Stunde trat dann abermals eine unerwartete Wendung ein: Gemeine und Lords einigten sich in der Eile über die an der Bill vorzunehmenden Aenderungen, Gladstone setzte seinen Wunsch, die Ueberschüsse zu nicht kirchlichen Zwecken verwandt zu sehen mit Hilfe einer klug formulirten Clausel durch und der „Conflict“ war ausgeglichen, noch bevor er erklärt war. Unnachgiebiger hat die Pairie sich in der Frage nach Abschaffung des Testeides für die beiden alten Universitäten bewiesen; übrigens liegt die Vermuthung nah, daß die Ablehnung nicht sowohl der Sache selbst, als der Verschwommenheit des Glaubensbekenntnisses galt, welches den alten Eid ersetzen sollte. — Die Alabama Angelegenheit ist noch in der Schwebung und wird wahrscheinlich erst im nächsten Jahre wieder in Wendung kommen, da dem Schluß des Parlaments eine halbjährige Ruhezeit folgen soll; Gladstones Weigerung auf die Interpellation Henry Bulwers einzugehen, legt die Vermuthung nah, daß neue Verhandlungen zwischen den beiden Regierungen bereits wieder im Gange sind.

In Spanien, das seine Cortesversammlung am 15. d. M. auf vier Monate vertagte, hat die Zersetzung der neu geschaffenen Verhältnisse ihren unaufhaltbaren Fortgang genommen. Das nach Erlaß des Regentenschaftsgesetzes gebildete Ministerium hat sich wiederholt umgestalten müssen und krankt auch in seiner gegenwärtigen Zusammensetzung an der Uneinigkeit und dem gegenseitigen Mißtrauen seiner Glieder, von denen jedes seine Specialpolitik und seinen speciellen Ehrgeiz hat. Herrera, der Justizminister, hat auf Andrängen der monarchischen Demokraten zurücktreten müssen, Figuerola und Prim vertrugen sich so schlecht, daß der erstere, nachdem er bereits wiederholt mit seinem Abschied gedroht hatte, zurücktrat und durch Ardanaz ersetzt wurde, Riveryo, der Präsident der Cortes, steht in offenem Gegensatz gegen das gesammte Ministerium. Die Schwäche und Zerfahrenheit der Regierung hat den Muth der karlistischen und republikanischen Parteien gehoben; die erstere versucht sich mit einer Reihe von bis jetzt verunglückten Schilderhebungen, an denen, wie es heißt, der Prätendent Don Carlos persönlichen Antheil genommen hat, die Republikaner bilden eine Liga, die sich allmältig über die ganze Halbinsel verbreitet und neuerdings durch einen

in Madrid tagenden Centralauschuß einheitlich geleitet wird. — Die Verwirrung der Gemüther in Spanien droht bereits das benachbarte Portugal anzustecken. Seit der Ministerkrisis in Lissabon ist die Bevölkerung in eine gewisse Gährung gerathen und aus Madeira wird von einer republikanischen Bewegung berichtet, die bereits die Absendung von Truppen nothwendig gemacht hat.

Wenig besser sieht es in Italien aus, wo der Finanzminister Cambray-Digny um seine Existenz kämpft und durch Menabrea nur mühsam auf seinem Posten zurück gehalten wird. Trotzdem, daß die von der Kammer angeordnete Untersuchung über angebliche Bestechungen in der Tabakangelegenheit resultatlos geblieben ist, dauert die Erregung der Gemüther in der Hauptstadt und den Provinzen fort und kann die Regierung es zu keiner festen Position bringen. Ueber die von Baiern beantragten Collectivschritte gegen Ausschreitungen des bevorstehenden ökumenischen Concils ist Menabrea noch nicht schlüssig geworden, doch hat er seine Geneigtheit deutlicher als bisher befundet. In Rom scheint man entschlossen, auf dem bisherigen Wege weiterzugehen und lieber ohne jede Betheiligung der Regierungen tagen, als sich durch Mittheilungen über die Vorlagen die Hände binden zu wollen. Auf eine vollständige Vertretung des Episcopats wird Pius IX. übrigens verzichten müssen, da nahezu die Hälfte der geladenen Kirchenfürsten theils wegen ihnen bereiteter Schwierigkeiten, theils wegen eigener Bedenken dem Concil fern bleiben wird. Das Secretariat hat Fessler, der Bischof von St. Pölten, die Leitung der Section zur Vorberathung staatsrechtlicher Fragen Cardinal Reischach übernommen; im Uebrigen weiß man schon jetzt, daß das italienische Episcopat die übrigen Elemente numerisch überragen und das eigentlich ausschlaggebende sein wird.

Bei uns in Deutschland herrscht seit dem Schluß des Zollparlaments und des Reichstages eine ziemlich vollständige politische Windstille. Aber das Gefühl des Unbehagens, welches von den letzten Verhandlungen dieser Körper zurückgeblieben ist, nimmt eher zu als ab. Zwar machen die dem neuen Bundesstaat feindlichen Parteien weniger als jemals von sich reden und scheint selbst der welfische Legitimus an Lust und Kraft für die Agitation beträchtlich eingebüßt zu haben; die Organe des vaterlandsfeindlichen Particularismus ergehen sich in Phantastereien so kindischer Art, daß Schlüsse auf ihre Erschöpfung und auf die Verzweiflung an der eigenen Sache den eigenen Anhängern nahe gelegt sind. Dafür nehmen aber auch in den nationalen Kreisen Verstimmung und Indifferenz sichtlich zu. Das abermalige Scheitern der Tarifreform hat den Glauben an die Brauchbarkeit des Zollparlaments, mit dem es schon seit Jahr und Tag nicht mehr weit her ist, vollends erschüttert, dessen zu geschweigen, daß an die Möglichkeit einer Competenzerweiterung dieses Parlaments von

Niemand mehr gedacht wird. Auf die politische Parteistellung im Reichstage hat der Gegensatz der materiellen Interessen, der im Zollparlament das große Wort führte, nur verwirrend gewirkt. Und die Lage des Reichstags war an und für sich peinlich und schwierig genug. Das Verhältniß desselben zum Bundeskanzler ist seit der Ablehnung der Steuervorlagen nicht mehr von diesem Körper selbst, sondern von den Resultaten des bevorstehenden Landtags abhängig. Findet die Finanznoth der Regierung keine Abhilfe, so sind neue Steuervorlagen an den Reichstag unvermeidlich und diese können nur dazu führen, die bereits vorhandene Kluft zu erweitern. Wenn uns gar, wie in den letzten Tagen geschehen ist, gesagt wird, daß es mit dem Deficit gar nicht so schlimm sei, als es von Herrn v. d. Heydt, bei dessen lakonischen Einbringung der Vorlagen gemacht worden, daß die Einnahmen sich in unerwarteter Weise gehoben und die Voranschläge überschritten hätten, so kann das die Lage nur erschweren, nicht erleichtern und die Volksvertretung in der Meinung bestärken, daß sie keine Steuern bewilligen darf, ehe ihr voller Einblick in die Finanzverhältnisse, ehe ihr die Möglichkeit geboten worden, die Verwendungen zu kontrolliren. Eine Finanzverwaltung, die je nach den wechselnden Bedürfnissen des Tages Muthlosigkeit oder Zuversicht, üble oder gute Laune zeigt, hat es sich selbst zuzuschreiben, wenn man ihr mißtrauisch entgentritt, zumal wenn sie im Dienst einer inneren Politik steht, die nicht nur die Majorität gegen sich, sondern gar keine Partei hinter sich hat. — Dieser innern Politik, die in den letzten Jahren wesentlich von dem Succurs gelebt hat, welcher ihr durch die Erfolge der nationalen Staatskunst des Bundeskanzlers geboten wurde, ist in dem abgelaufenen Monat zugemuthet worden, wenigstens für einige Zeit auf eigenen Füßen zu stehen. Graf Bismarck hat sich von dem Amte des preußischen Ministerpräsidenten förmlich beurlauben lassen und wie die Officiösen übereinstimmend berichten, wird dieser Urlaub bis über die Eröffnung des Landtags hinaus dauern und die Herren v. d. Heydt, v. Mühlner, v. Gulenburg u. s. w. für die bevorstehende parlamentarische Campagne auf sich selbst und ihre eigenen Kräfte anweisen. Wem bewiesen werden soll, daß Graf Bismarck für den preußischen Staat unentbehrlich ist, ob der Opposition, ob dem Ministerium selbst, ist zunächst noch dahin gestellt. Vom Standpunkte der preußischen Opposition aus, mag die erschwerte Stellung des in eine Anzahl zusammenhangsloser Theile aufgelösten Cabinets als Vortheil erscheinen, weil sie dem nächsten Landtage die Erfüllung seiner Pflicht wesentlich erleichtert — wir, die wir die Sache nach ihrer Wirkung auf das außerpreußische Deutschland beurtheilen, können in dem zeitweisen Ausscheiden des Ministerpräsidenten nur eine neue Calamität, eine Erschwerung der ohnehin unbehaglichen Lage sehen. Die Dinge liegen einmal so, daß das Geschick des preußischen Staats und

die nationale Sache im deutschen „Auslande“ zusammenfallen, daß jede dem ersten bereitete Schwierigkeit auf die letztere zurückwirkt. Selbst wenn sich erwarten ließe, daß die Verlegenheit des führerlos gewordenen Cabinets zu einer Umbildung des Ministeriums führen könnte, bliebe ein momentaner innerer Bankerott der preussischen Politik für die nationale Sache eine Verlegenheit. Aber es ließe sich dann doch hoffen, daß dem Stillstande frischere Bewegung folgen und den Verlust ausgleichen werde. Von Hoffnungen dieser Art sind wir aber noch weit entfernt. Sehr viel näher liegt die Befürchtung, nach den ersten ministeriellen Niederlagen werde Graf Bismarck zu Hilfe gerufen werden, um einen Conflict beizulegen, dessen Ausgleichung ihn um den besten Theil seines nationalen Einflusses bringen würde. Die mit dem Namen des Bundeskanzlers wenigstens zur Zeit identificirte Sache des jungen deutschen Staates hätte dann für das alte preussische Ministerium die Beche zu zahlen. Ob seine Mittel nach dem Rückschlage, den wir seit 1867 ohnehin erlebt haben, wohl dazu ausreichen werden?

Der eigentliche Kern des Volks, die gebildete Mittelclasse, ist mit ihren Interessen allerdings zu tief in den neuen Staat hineingewachsen, als daß sie den Bestand desselben von den einzelnen Stadien der Vor- und Rückbewegung abhängig glauben könnte. Aber es läßt sich nicht leugnen, daß an die Stelle des vertrauensvollen Eifers, der sich noch vor Jahresfrist zeigte, eine gewisse Abspannung und Gleichgültigkeit getreten ist. Wohl weiß man, daß den neugeschaffenen Verhältnissen zuviel gesunde Kraft inne wohnt, als daß dieselben schon bei den ersten Hemmungen in Frage gestellt erscheinen könnten — aber schon seit geraumer Zeit haben die Vorgänge auf unserer politischen Bühne ein ziemlich laues und unaufmerksames Publikum; die Einen meinen, erfreuliche Dinge bekomme man doch nicht zu hören, die Andern sehen den gesammten und gegenwärtigen Zustand als ein Provisorium an, das erst nach einer Abrechnung mit Frankreich und mit dem Süden zu definitiver Gestaltung gelangen wird. Und von einer solchen Abrechnung scheinen wir doch zur Zeit entfernter denn je zu sein. — In den s. g. arbeitenden Classen gravitiren die Interessen schon seit Jahren nach einer andern Seite hin. Namentlich in den größeren Städten Norddeutschlands hat die Rauheit der Massen für rein politische Fragen in demselben Maaße zugenommen, in dem sich der Eifer für eine Lösung des großen socialen Problems im Sinne der Ruffalleschen Ideen, erhöhte.

Obgleich die socialistische Bewegung ihre Kinderschuhe noch nicht ausgezogen hat, gewinnt sie in Deutschland doch mehr und mehr an Bedeutung. Verdunkelt wird dieselbe freilich durch das selbstische, aufgeblasene und principienlose Gebahren der socialistischen Wortführer, die seit ihrem Eintritt in den Reichstag außerhalb wie innerhalb ihrer Anhängerschaft den Rest ihres

bescheidenen Credits eingebüßt haben. Das Zeitalter jener Secessionen, welche die Jüngerschaft Lassalles zerrissen und in eine ganze Anzahl von Fractionen und Fractionchen zerspalteten, ist im letzten Monat durch eine Versöhnung der feindlichen Brüder Schweizer und Mende geschlossen worden. Aber diese Ausöhnung hat bis jetzt einen Erfolg gehabt, der die Erwartungen, die sich an dieselbe knüpften, diametral entgegenläuft. Die große Masse der Arbeiter ist dem von den beiden Präsidenten gegebenen Beispiel nicht uur nicht gefolgt, sondern hat an dem eigenmächtigen Friedensschluß derselben Veranlassung zu einer Lösung der bisherigen Bande genommen. Der allgemeine deutsche Arbeiterverein, oder vielmehr die verschiedenen Vereine, welche diesen Namen führten, sind in voller Auflösung begriffen, eine Coterie steht gegen die andere auf, ein Wortführer beschuldigt den andern des Verraths, der Käuflichkeit und des Unterschleifs und die Resultate jahrelanger Agitationsarbeit sind so gut wie verloren, die sauer verdienten Arbeiterpfennige, welche an dieselben gewandt wurden, ins Wasser geworfen. Nichtsdestoweniger liegt es ziemlich nah, von dieser Krisis eher Vorschub als Rückgang der Sache des deutschen Socialismus zu erwarten. So lange die bisherigen Männer an der Spitze der Bewegung standen, war von derselben Nichts zu fürchten, denn diese Männer bewiesen bei jeder Gelegenheit, daß ihnen alle die Eigenschaften fehlten, deren es zu erfolgreicher Demagogie bedarf; schon als Leute, die eigentlich der Bourgeoisie angehörten, hatten sie bei dem Arbeiterstande keinen eigentlichen Boden, und Vertrauen in ihre Redlichkeit und Ueberzeugung haben sie bei Niemand zu erwerben verstanden. Von der Vormundschaft dieser Schwächer frei geworden, wird die Arbeiterbewegung brutalere Formen gewinnen, die Phrasen und Theorien von ihrem Programm streichen und sich wesentlich auf die Cultivirung des Feldes legen, auf dem sie ihre Existenz bisher am fühlbarsten geltend gemacht hat — das Feld der Strikes, die mit den Lassalleschen Ideen zwar nichts zu thun haben, aber sehr viel einschneidender und imposanter wirken, als hochtönende Resolutionen und theoretische Beschlüsse. Diese Strikes, die gegenwärtig in einer ganzen Reihe norddeutscher Städte chronisch geworden sind, gewöhnen die betheiligten Classen an beständigen Kampf mit den Arbeitgebern, eine systematischen Feindschaft gegen das Capital. Taucht einmal ein ächter Demagoge auf, so findet er den Boden ungleich besser bearbeitet vor, als wenn die Apostel Lassalles noch ein halbes Jahrzehnt das große Wort geführt und die Noth ihrer Anhänger mit Anweisungen auf die Casse des künftigen Arbeiterstaats zu beschwören versucht hätten.